

Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft, Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die „Sachsen-Zeitung“ erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in Dresden 2,30 Mark, bei Zustellung durch die Posten 2,50 Mark, bei Postbestellung 2,70 Mark. Einzelnummern 15 Pfennig. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6



Verlagspreis: Die 4. Beilage 20 Pfennig, die 2. Beilage 40 Pfennig, die 3. Beilage 100 Pfennig. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6

Nr. 75 - 83. Jahrgang.

Verl.-Nr.: „Sachsenzeitung“

Wilsdruff-Dresden.

Verlag: Dresden 2010

Freitag 28. März 1924

Der Wahnsinn der Besatzungsklassen.

Seit Jahren kämpft die deutsche Regierung einen fast aussichtslosen Kampf um die Ablösung der Besatzungskosten. Die Höhe der Ausgaben, die Deutschland für die fremde Besatzung zu tragen hat, ist allmählich ins ungeheure angeschwollen. Heute, wo der ganze Etat des Reiches und der Länder wieder auf Goldbasis zurückgeführt und durch das Aufblähen der Inflation restlos klarheit über die Gesamtsumme und über die Höhe der Einzelausgaben geschaffen ist, sieht man noch deutlicher als bisher, wieviel unproduktive Ausgaben auf dem deutschen Staatshaushalt lasten. Durch eine Antwort der Regierung auf eine parlamentarische Anfrage ist die Höhe dieser Besatzungskosten kürzlich vor aller Welt festgestellt worden. Die Zahlen sind wert, einer weiteren Öffentlichkeit bekannt gemacht zu werden, damit die ganze Welt sieht, wie schwer es Deutschland gemacht wird, zur inneren und äußeren Befriedung zu gelangen.

Die Verbündeten hatten mit der deutschen Regierung in den Jahren 1922/23 ein Abkommen über die Höhe der nicht unter Artikel 8—12 des Rheinlandabkommens fallenden Besatzungskosten getroffen. In diesem Abkommen war die Höhe der Besatzungskosten nach oben auf 220 Goldmillionen Mark jährlich beschränkt. Die Verbündeten haben sich an diese Abmachung nicht gehalten, sondern die festgesetzten Zahlen in ganz erheblichem Ausmaß überschritten. Es betragen:

die inneren Besatzungskosten bis Ende 1923: 1 329 743 020 Goldmark,
die äußeren Besatzungskosten bis Ende 1923: 3 784 359 395 Goldmark.

Von diesen äußeren Besatzungskosten mußten vom Waffenstillstand bis Ende 1922: 3 520 359 395 Goldmark und im Kalenderjahr 1923 schätzungsweise: 284 Millionen Goldmark aufgebracht werden. Diese sogenannten äußeren Besatzungskosten sind diejenigen, mit denen Deutschland auf Reparationskonto belastet wird.

Aus der dritten Denkschrift des Reichsfinanzministeriums über die Besatzungskosten ergeben sich nähere Einzelheiten über die von Deutschland zu bewirkenden Zahlungen. Diese Einzelheiten zeigen ein erschreckendes Bild über die Anforderungen der Alliierten an die deutsche Reichskasse.

Da ist zunächst die Tatsache wichtig und interessant, daß die Höhe der an die Besatzungsarmeen gezahlten Markvorschüsse zur Zeit monatlich rund 7 Millionen Goldmark beträgt. Ein Verwendungsnachweis für die gezahlten Markbeträge wird von dem Empfänger nicht geliefert, sondern Deutschland lediglich eine Mitteilung über die entsprechende Gutschrift auf Reparationskonto gemacht.

Im Jahre 1923 wurden bekanntlich infolge des passiven Widerstandes keine Markvorschüsse mehr gezahlt. Infolgedessen fehlten umfangreiche Beschlagsnahmen von öffentlichen und privaten Geldern seitens der Einbruchsmächte ein. Die Höhe der beschlagnahmten Gelder wird auf die ungeheure Summe von 50 Millionen Goldmark geschätzt. Für den Fall der Einstellung der Markvorschüsse ist Deutschland die Wiederaufnahme von Beschlagsnahmen angedroht worden. Ganz ungeheuer sind die Anforderungen für militärische Anlagen, Bauten, Kasernen, Flugplätze, Schießplätze und Sportplätze. Die Aufwendungen für diese Anlagen und Bauten belaufen sich seit dem 1. Oktober 1923 für das altbesetzte Gebiet auf rund 29 Millionen Goldmark, für das neubesetzte Gebiet auf 212 219 Goldmark. Unter den Anforderungen befinden sich beispielsweise solche für eine Artilleriekaserne in Bochum, eine gleiche in Düsseldorf und in Dortmund (Kosten: je 4 Millionen Goldmark). In Essen mußten 980 Wohnungen mit 5000 auszustattenden Wohnräumen, Messen, Kaffeehaus, in Nettmann 82 Wohnungen, darunter mehrere Villen, ein komfortabel eingerichtetes Offizierskasino, ein Unteroffizierskasino und sogar ein Sportplatz zur Verfügung gestellt werden. Dazu kommen vollständig auszustattende Quartiere für Generale (Einfamilienhäuser), Wohnungen für Offiziere aller Grade, dazu ständige Ausgaben für Heizung, Beleuchtung und Instandhaltung der Quartiere und Wohnungen.

Die Besatzung des Reiches aus Erstattung von Requisitionen an die Gemeinden und die Bevölkerung belief sich im Jahre 1923 im altbesetzten Gebiet auf 52 800 975 Goldmark und im neubesetzten Gebiet auf 41 952 999 Goldmark.

Die Belastung des Reichshaushalts durch die Ausgaben zur Ausführung des Friedensvertrages wird für das neue Etatsjahr insgesamt auf 640 Millionen Goldmark geschätzt, darunter allein für Besatzungskosten 360 Millionen Goldmark. Diese 640 Millionen stellen den vierten Teil des gesamten preußischen Etats dar, der sich auf 2 309 Millionen Goldmark beläuft. Demgegenüber betragen Deutschlands Gesamtausgaben für Heer und Marine nur 450 Millionen Goldmark.

Diese Zahlen sprechen für sich!

Wirtschaftlich-sozialer Ausgleich.

Zu der soeben in Berlin begonnenen gemeinsamen Tagung des „Reichsverbandes der Industrie“ und der „Vereinigung der Arbeitgeberverbände“ wird uns geschrieben:

Organisation, Zusammenfassung der Kräfte unter Zurückstellung eigenständiger Wünsche des Einzelnen ist Wahrzeichen der Zeit, ist Wahrzeichen vor allem auf wirtschaftlichem Gebiete — Wahrzeichen unseres Zeitalters. Nicht nur wirtschaftliche Organisation der Produktion, sondern auch Organisation des Absatzes, wie sie sich in

Raymond Poincaré zurückgetreten.

Rücktritt der französischen Kammer.

(Eigener Fernsprecheinstellung der „Sachsen-Zeitung“.)

Paris, 26. März. Das Gesamtkabinett Poincaré hat seinen Abschied eingereicht, weil das Pensionsgesetz von der Kammer nicht angenommen wurde. Die Stimmung in Paris ist außerordentlich erregt.

Weitere Meldungen besagen:

Paris, 26. März. Bei der Debatte über das Pensionsgesetz in der Kammer blieb die Regierung Poincaré heute vormittag mit 7 Stimmen in der Minderheit (271 gegen 264), obgleich der Finanzminister De Lasteyrie die Vertrauensfrage gestellt hatte. Die Regierung hat um 12 Uhr demissioniert.

Paris, 26. März. Der Präsident Millerand hat das Rücktrittsgesuch des Kabinetts Poincaré angenommen.

Der Havasbericht über die Demission des Kabinetts Poincaré.

Paris, 26. März. Havas verbreitet folgenden Bericht über die Demission des Kabinetts Poincaré: Die Kammer hat, als sie heute vormittag über das Pensionsgesetz verhandelte, entgegen seinem Wunsch das Pensionsgesetz mit 271 gegen 264 Stimmen an die Kommission zurückverwiesen, obgleich Finanzminister De Lasteyrie die Vertrauensfrage gestellt hatte. Die von der Regierung anwesenden Minister De Lasteyrie, Minister für Gesundheitswesen Strauß und Unterstaatssekretär Vidal verließen darauf sofort den Saal. Der Vorsitzende hob sofort die Sitzung auf. Gegenwärtig findet im Elysee unter Vorsitz des Präsidenten der Republik ein Ministerrat statt, der die Frage prüft, welche Konsequenzen aus der Lage zu ziehen sind.

Poincaré beharrt auf seiner Demission.

Paris, 26. März. Obwohl Millerand heute mittag Poincaré gebeten hatte, mit seinem Kabinett im Amt zu verbleiben, hat Poincaré sein Rücktrittsgesuch wiederholt schriftlich eingereicht, und dem „Echo de Paris“ zufolge soll Millerand zu ihm gesagt haben: Niemals hatte mein Regierungschef so sehr das allgemeine Vertrauen des Landes verloren und den Respekt des Auslandes gefunden. Frankreich wird deshalb seinen Entschluß zum Rücktritt nicht begründen, um so weniger, nachdem die Regierung soeben durch glückliche Maßnahmen den Franken wieder zum siegreichen Steigen gebracht hat und ihr Vorgehen in der auswärtigen Politik von Erfolg gekrönt sei. Es sei deshalb Pflicht der jetzigen Regierung, zu bleiben. Die Kammer sei nur das Opfer einer Ueberempfindung geworden, von der sie sich wieder befreien werde. Poincaré soll darauf entgegnet haben, daß er mit den geringen Mehrheiten, die er in den letzten Senatssitzungen fand, seine große Aufgabe nicht erfüllen könne. Er müsse deshalb seine Demission aufrecht erhalten. Wenn die Kammer in der Lage, wie der jetzigen, wo alle Anstrengungen zur Aufrechterhaltung des französischen Kreditunternehmens worden seien, in einer Frage, in der es sich nur um demagogische Stimmungsmache handle, die Regierung in die Minderheit dränge, so müßte diese eben einem andern Kabinett Platz machen.

Vertagung der Kammer.

Paris, 26. März. Die Kammer hat sich heute nachmittag, sobald bekannt wurde, daß Poincaré die Demission seines Kabinetts aufrecht erhalte, sofort vertagt, und zwar auf Freitag. Der Abgeordnete Darzac begründete die Vertagung mit den Worten: Dann haben wir hoffentlich wieder eine Regierung.

Was nun?

Paris, 26. März. Die Lage ist nach der Demission Poincarés noch vollkommen unklar. In den Wandbelagungen der Kammer herrscht die größte Aufregung und es finden Be-

sprechungen zwischen den verschiedenen Parteien statt, die Poincaré dazu bewegen wollen, die Regierung wieder zu übernehmen.

Poincaré wieder bei Millerand. Paris, 26. März. Poincaré hat sich gegen 5.30 Uhr zum dritten Male in das Elysee zu Millerand begeben. Seine Unterredung dort dauert zur Zeit noch an. Millerand hatte im Laufe des Nachmittags bereits Besprechungen mit den Präsidenten der beiden Häuser des Parlaments.

Poincaré will sich bedenken.

Paris, 26. März. In seiner dritten Unterredung mit dem Präsidenten Millerand hat Poincaré erklärt, daß er aus praktischen Gründen die Aufforderung, die Neubildung des Kabinetts zu übernehmen, nicht ablehnen könne. Er behielt sich jedoch Bedenkzeit bis morgen vormittag 10 Uhr vor, um mit seinen Freunden in Verhandlungen einzutreten.

Vertrauensvotum für Poincaré.

Paris, 27. März. Der „Berliner Lokalanzeiger“ schreibt: Unter Führung des Abgeordneten Rogues hat die Kammergruppe der republikanischen Linken und der demokratischen Linken, der unter anderem der Kammerpräsident und der Abg. Loucheur angehören und die Kammergruppe Frage gestellt nachmittag in einer gemeinsamen Sitzung Vertrauensresolutionen zugunsten Poincarés angenommen und den Wunsch ausgesprochen, daß er sobald wie möglich die Leitung der französischen Innen- und Außenpolitik wieder übernehme.

Die Aufnahme der Demission Poincarés in Brüssel.

Brüssel, 26. März. Die Nachricht von der Demission Poincaré wurde heute nachmittag gegen 4 Uhr in Brüssel bekannt und rief eine lebhafteste Diskussion im Parlament hervor. Man beklagt lebhaft diesen Umfall in der Innenpolitik, glaubt aber, daß das Votum Poincaré persönlich nicht betreffe. Man erklärt, daß der Abgang Poincarés zur Zeit, wo die frankobelgische Politik, die er begonnen und realisiert habe, Früchte zu tragen beginne, sehr schmerzhaft für die Politik und die Zukunft der beiden Länder wäre.

Die Aufnahme in London.

London, 26. März. In maßgebenden Regierungskreisen bespricht man lebhaft die Demission Poincarés. Man ist sich klar darüber, daß eine Annäherung an Frankreich und eine Aussprache über alle schwebenden Fragen mit Poincaré als Ministerpräsidenten schließlich viel leichter möglich wäre, als mit Poincaré als Führer der Opposition. Die Londoner Abendblätter bringen keinerlei Kommentare über die politische Situation, die sich aus der Demission Poincaré ergebe, sondern lediglich die Biographie und die Geschichte des Ministeriums Poincaré.

Was man in Rom glaubt.

Rom, 26. März. Die Demission Poincarés hat hier die größte Ueberraschung hervorgerufen. Man glaubt, daß Poincaré wieder den Auftrag zur Bildung der neuen Regierung erhalten und auch annehmen wird, wenigstens er mehrere Journalisten gegenüber erklärte, er würde nicht wieder in die Regierung zurückkehren. Die Linkspresse vermutet als seinen Nachfolger Barthou. Auf jeden Fall würde die neue Regierung sich aber nur unwesentlich von der jetzigen unterscheiden, vermutlich nur dadurch, daß außer dem Ministerpräsidenten noch der Arbeitsminister und der Finanzminister auscheiden. Ein Kabinett Barthou würde wohl auch kaum den innen- und außenpolitischen Kurs der bisherigen Regierung ändern. Alle Blätter sind überzeugt, daß die Krise eine rasche Lösung finden wird.

zu vermeiden, von man aus den „sozialpolitischen“ bezeichnen mag. Die Behandlung gerade dieser Dinge, vor allem der Tarif- und Lohnfragen, wurde nach der Revolution, besser gesagt bei der steigenden Verwirrung auf diesem Gebiete, unter dem Einfluß des Kapitalzusammenbruchs eine immer wichtigere, das Arbeitsfeld immer ausgedehnter, die Arbeitgeber selbst verloren immer mehr die Übersicht über den wäufig sich überstürzenden Lauf der Lohn- und Tarifentwicklungen. Das Drängen nach zentralistischer Regelung — man denke nur an die Underlohnfrage — wurde namentlich auf Arbeitnehmerseite immer stärker. Bis die Katastrophe da war und dies gesamte papierne Lohn- und Tariffsystem zusammenstürzte.

Es ist mehr als etwas Außersicheres, wenn jetzt der „Reichsverband“ und die „Vereinigung“ zum erstenmal eine gemeinsame soeben begonnene Tagung in Berlin abhalten, die wohl auch zu einem engeren organisatorischen Zusammenschluß führen wird. Satten auf die Produktionskostenhöhe die Löhne und sonstige tarifmäßige Bestimmungen in der Zeit der Inflation einen nicht sehr erheb-